

Ablauf der beim Rat der Stadt Münster beantragten Straßenumbenennungen: Ostmarkstraße, Manfred-von-Richthofen-Straße, Andreas-Hofer-Straße

8. Dezember 2020: Die Bezirksvertretung Mitte beantragt einen umfassenden Bericht über die Überprüfung von Straßennamen, die in den Jahren von 1933 bis 1945 entstanden sind. Anders als bei älteren Überprüfungen ging es dabei nicht mehr um Personen, die in der Zeit des Nationalsozialismus lebten, sondern um die Frage, ob die nationalsozialistische Ideologie in den Straßenbenennungen (Beispiel „Danziger Freiheit“, umbenannt 2020) sichtbar würde.

3. November 2021: Fertigstellung des Berichts „Prüfung der in der Stadt Münster, Bezirk Mitte, in der Zeit des Nationalsozialismus vergebenen Straßennamen“ von Dr. Alexander J. Schwitanski unter Mitarbeit von Hannah K. Ruff.

18. Januar 2022, der Bericht wird der Bezirksvertretung Mitte vorgelegt: Das Gutachten stuft als Straßennamen mit einem dichten Bezug zur Ideologie des Nationalsozialismus ein: Admiral-Scheer-Straße, Admiral-Spee-Straße, Gorch-Fock-Straße, Langemarckstraße, **Manfred-von-Richthofen-Straße, Ostmarkstraße,** Otto-Weddigen-Straße, Skagerrakstraße und Tannenbergstraße. Sieben der neun Straßen sind bezirkliche Straßen. Die **Manfred-von-Richthofen-Straße** (im Abschnitt zwischen Hohenzollernring und Andreas-Hofer-Straße) und die **Ostmarkstraße** sind nach Anlage 1 der Hauptsatzung Gemeindestraßen mit überbezirklicher Bedeutung. Für diese beiden Straßen besteht keine Entscheidungszuständigkeit der Bezirksvertretung (vgl. §21 Abs.1 Ziffer 11 und Abs. 2 Ziffer 9 Hauptsatzung). Der Rat ist zuständig.

24. Januar 2023: In der Sitzung der Bezirksvertretung Mitte werden zwei Anträge zu Straßenumbenennungen gestellt.

Antrag aller Fraktionen der Bezirksvertretung Mitte und den Einzelvertretern von FDP und Volt (A-M/0001/2023): Es wird die Umbenennung der Admiral-Scheer-Straße beabsichtigt und **gegenüber dem Rat angeregt, die Ostmarkstraße umzubenennen.**

Antrag von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD sowie dem Einzelvertreter von Volt (A-M/0002/2023): Die Umbenennung der Admiral-Spee-Straße, der Otto-Weddigen-Straße, der Prinz-Eugen-Straße, der Skagerrakstraße, der Tannenbergstraße und der Langemarckstraße wird beabsichtigt. Weiterhin **wird gegenüber dem Rat angeregt, die Manfred-von-Richthofen-Straße und die Andreas-Hofer-Straße umzubenennen.**

Beide Anträge werden mehrheitlich von der Bezirksvertretung Mitte angenommen. Von den Umbenennungen aller zehn Straßen sind mehr als 2.500 Anwohner*innen betroffen.

15. Februar 2023: Die Bezirksvertretung Münster-Mitte stellt Anträge an den Rat zur Umbenennung der Ostmarkstraße (ABV/0003/2023), der Manfred-von-Richthofen-Straße und der Andreas-Hofer-Straße (ABV/0003/2023). Die Anträge werden vom Rat an den Hauptausschuss verwiesen.

5. Juni 2023: Die CDU-Fraktion im Rat stellt den Antrag „Erläuterung vor Entfernung - Umstrittene Straßennamen als begehbare Geschichtsbuch nutzen“ (A-R/0024/2023). In dem Antrag wird die Verwaltung beauftragt, „ein 'begehbare Geschichtsbuch' mit dem Ziel zu realisieren, eine Auseinandersetzung mit den umstrittenen Straßennamen zu ermöglichen.“ Außerdem soll der Rat zur Kenntnis nehmen, dass schon 2010/11 alle Straßennamen analysiert und einige auch geändert wurden. „Entsprechend der Empfehlung

der 'Kommission Straßennamen' sollen die umstrittenen Straßennamen nicht entfernt, sondern einer kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nach dem Prinzip 'Erläuterung vor Entfernung' unterzogen werden.“ Der Rat soll außerdem beschließen, dass eine Umbenennung nur mit Zustimmung der Anwohnenden erfolgen kann.

14. Juni 2023: Der Antrag wird vom Rat an den Hauptausschuss verwiesen.

Von 2023 - 2024: Seit 2022 befassen sich nicht nur der Rat, sondern auch mehrere Bezirksvertretungen mit Anträgen oder Beschlüssen zur Umbenennung von Straßennamen, die durch nationalsozialistische Ideologie oder durch Kolonialismus belastet sind. Aufgrund der Vielzahl der Fälle und des wiederholten Aufflammens des Themas ‚Straßenumbenennung‘ erachtet es die Verwaltung als wünschenswert, einen innerstädtischen Konsens darüber zu entwickeln, nach welchen Grundsätzen und Regeln Personen oder Orte (weiterhin) geehrt werden sollen.

In Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung werden deshalb Leitlinien erarbeitet. Die Leitlinien regeln Grundsätze, Kriterien und Verfahrenswege nach denen Ehrungen im öffentlichen Raum, wozu auch die Benennung von Straßen zählen, erfolgen. Anhand der Leitlinien können Straßennamen einer Prüfung unterzogen werden und eine Entscheidung für oder gegen einen Straßennamen wird damit objektiviert und transparent. Ebenso wird für die Art und Weise der Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung ein einheitlicher Rahmen geschaffen.

Während der Zeit der Erarbeitung der Leitlinien werden die laufenden Verfahren zu Straßenumbenennungen ausgesetzt.

11. September 2024: Nach einem Prozess der Abstimmung zwischen Verwaltung und Politik beschließt der Rat in seiner Sitzung [Leitlinien für Ehrungen im öffentlichen Raum \(pdf, 58 KB\)](#) und „[Verfahrenswege \(pdf, 47 KB\)](#)“. Mit dem Beschluss wird der Antrag der CDU-Fraktion im Rat (A-R/0024/2023), bei umstrittenen Straßennamen ein Prinzip „Erläuterung vor Entfernung“ einzuführen und die didaktischen Möglichkeiten zu prüfen, die in der Auseinandersetzung mit den Straßennamen stecken, erledigt. Seit dem Beschluss der Leitlinien werden die Verfahren zu Straßenumbenennungen weitergeführt. Als erstes werden die Anträge der Bezirksvertretungen behandelt (Stand siehe oben), dann folgen die Anträge beim Rat.

6. Mai 2025: Die Bezirksvertretung Mitte entscheidet in ihrer Sitzung über die Straßenumbenennungen. Die Skagerrakstraße, Admiral-Scheer-Straße, Admiral-Spee-Straße, Otto-Weddigen-Straße und Langemarckstraße werden umbenannt, Prinz-Eugen-Straße und Tannenbergstraße bleiben als Namen erhalten. Das Ergebnis und die Beschlussvorlagen der Verwaltung können im [Ratsinformationssystem](#) eingesehen werden.

8. Februar 2026: Dem Beschluss zur Straßenumbenennung folgt ein Bürgerbegehren, dass in einem Bürgerentscheid am 8. Februar mündet. Im Bezirk Mitte sprechen sich 52,39 Prozent der abgegebenen Stimmen für die Beibehaltung der Skagerrakstraße, Admiral-Scheer-Straße, Admiral-Spee-Straße, Otto-Weddigen-Straße und Langemarckstraße aus. Die Entscheidung der Bezirksvertretung Münster-Mitte vom 6. Mai 2025 ist damit aufgehoben.

17. März 2026: Die Bezirksvertretung Münster-Mitte entscheidet über den Antrag von Bezirksbürgermeisterin Tabea Borrmann ([A-M/0007/2026](#)) und beschließt mehrheitlich,

gegenüber dem Rat **die Anregungen zur Umbenennung der Andreas-Hofer-Straße, der Manfred-von-Richthofen-Straße sowie der Ostmarkstraße zurückzunehmen** und bittet den Rat, die entsprechenden Verfahren zur Umbenennung nicht weiter zu verfolgen.

Der Hauptausschuss hat sich bis zu dem Zeitpunkt noch nicht mit den angeregten Straßenumbenennungen befasst.